Mehrheit für längeren Wehrdienst

Franz Eder erforscht seit Jahren die Einstellung der Bevölkerung zu Sicherheitsthemen – mit überraschenden Ergebnissen.

Die Mehrheit der Befragten ist für einen längeren Wehrdienst.
SN/APA/HELMUT FOHRINGER/HELMUT FOHR

IRIS BONAVIDA

WIEN. Wie denken Österreicherinnen und Österreicher über die Wehrpflicht, die Neutralität und die Sicherheitspolitik in ihrem Land? Seit drei Jahren geht die Universität Innsbruck dieser Frage nach und befragt 3000 Menschen regelmäßig zu ihrer Einstellung. Sicherheitsexperte und Politikwissenschafter Franz Eder ist Teil des Projekts – und weiß aus seiner Forschung, wie die Bevölkerung zu den Ergebnissen der Kommission steht.

SN: Laut Ihren Studien ist die Verteidigungsbereitschaft in Österreich sehr gering. Warum ist dann die Wehrpflicht so beliebt?

Franz Eder: Die Bevölkerung setzt die Wehrpflicht nicht zwangsläufig mit der Verteidigungsbereitschaft in Verbindung, sondern eher mit Krisen- und Katastrophenschutz. Das ist auch der Bereich, wo das Bundesheer ein sehr hohes Ansehen in der Bevölkerung hat. Die militärische Landesverteidigung spielt natürlich bei den Österreicherinnen und Österreichern auch eine Rolle. Allerdings wird sie nicht als so unmittelbar dringlich erachtet wie der Krisen- und Katastrophenschutz, der jährlich zum Einsatz kommt.

SN: Ändert die geopolitische Lage nichts daran?

Nein, spannenderweise nicht. Diejenigen, die eine unmittelbare Kriegsbedrohung sehen, legen nicht zwangsläufig eine Verteidigungsbereitschaft an den Tag. Viel eher führt eine Diskussion über die Notwendigkeit der Resilienz eines Staates dazu, dass die Verteidigungsbereitschaft steigt. Das sehen wir bei den nordischen Staaten.

SN: Wäre eine Verlängerung des Wehrdienstes mehrheitsfähig?

Ja, das kann man ganz klar sagen. Wir haben nachgefragt, ob die Menschen einen Wehrdienst am Stück oder mit Übungen möchten. Ohne Übungen würden ihn die Befragten auf acht Monate anlegen, mit Übungen auf neun – plus vier Monate Übungen. Die Bevölkerung merkt auch, dass diese Frage nicht losgelöst vom Zivildienst gesehen werden kann. Zwei Drittel bis 70 Prozent sind dafür, dass beides gleich lange dauern sollte.

SN: Müsste die Politik dann nicht klarmachen, dass der Wehrdienst wegen der Landesverteidigung verlängert würde, nicht für den Katastrophenschutz?

Das ist ein wichtiger Punkt. Deswegen muss sich die Debatte um militärische Landesverteidigung, aber auch Katastrophenschutz, Blackouts, Sozialsysteme und Pflege drehen. Es bräuchte eine breitere Diskussion um die Frage, welches Grundkonzept wir für einen resilienten Staat brauchen und wer welchen Beitrag leisten kann – unabhängig von Alter und Geschlecht.

SN: Die Einstellung von Männern und Frauen zur längeren Wehrpflicht war sehr ähnlich.

Ja, bei der Altersstruktur gibt es dafür Unterschiede. Jüngere Menschen sehen den Wehrdienst etwas kritischer – es ist auch die Gruppe, die es betrifft.

SN: Liegt das an der Betroffenheit oder ist die jüngere Generation prinzipiell anders eingestellt?

Die unmittelbare Betroffenheit ist sicher ein Punkt, allerdings auch bei der älteren Bevölkerung. Sie sagt: Wir hatten auch einen längeren Wehrdienst. Die jüngere Generation setzt zwar immer noch stark, aber im Vergleich zu anderen weniger auf die Neutralität. Sie will mehr über Themen wie europäische Solidarität und Nato sprechen, aber das bedeutet nicht, dass das Bundesheer per se weniger ein Thema ist.

SN: Warum ziert sich dann die Politik so sehr davor, den Dienst zu verlängern?

Hier kann man nur spekulieren. Aber wir sehen in der Sicherheitspolitik eine zunehmende Unfähigkeit der Politik, Entscheidungen zu fällen. Man hat Angst davor, sich zu positionieren, weil die Themenbereiche stark polarisieren und populistisch ausgenutzt werden können. Eine breite Debatte würde auch andere Fragen auslösen, wie: Wie halten wir es mit der Neutralität, mit der europäischen Solidarität? Die Bevölkerung könnte aber sicher, wenn man sie informiert und einen langwierigen Prozess startet, eine Position einnehmen, die es der Politik erleichtert, Entscheidungen zu treffen.

SN/ANDREAS FRIEDLE

Franz Eder ist seit 2015 assoziierter Professor für Internationale Politik an der Universität Innsbruck.

Ex-ÖVP-Hardlinerin dockt im Online-Boulevard an

WIEN. Nach ihrem Rückzug aus der Politik wechselt Ex-ÖVP-Parteimanagerin Laura Sachslehner (31) ins Mediengeschäft. Sie wird ab sofort gemeinsam mit Herausgeberin Eva Schütz an der Spitze der „Exxpress"-Redaktion stehen. Beim umstrittenen Online-Boulevardmedium verantwortet sie ab 2. Februar zudem ein neues Videoformat namens „Unbequem ehrlich", das laut Sachslehner „Diskussionen anstoßen" soll.

Sachslehner startete ihre politische Karriere bei der Jungen ÖVP, wo sie mehrere Jahre als Generalsekretärin tätig war, und saß bis 2025 auch im Wiener Landtag. Sie galt stets als türkise Hardlinerin, sei es in Migrations- oder auch Sicherheitsfragen. Als Generalsekretärin trat sie zurück, nachdem sie einen Koalitionskrach um den Klimabonus für Asylbewerber derart eskalieren hatte lassen, dass sie zurückgepfiffen wurde. Zuletzt scheiterten ihre Bemühungen, erneut in den Wiener Gemeinderat einzuziehen, ebenso wie der Versuch, in den Nationalrat gewählt zu werden.

Laura Sachslehner wechselt von der Politik ins Mediengeschäft.
SN/APA/HANS PUNZ

Stabilitätspakt im Ministerrat beschlossen

WIEN. Im November einigten sich Bund, Länder und Gemeinden auf einen neuen Stabilitätspakt. Am Dienstag wurde der Pakt formal im Ministerrat abgesegnet. Jetzt muss noch der Beschluss im Nationalrat erfolgen.

Die Einigung bringt eine Erleichterung für Länder und Gemeinden: Bisher durften sie 22,2 Prozent der Gesamtverschuldung verursachen. 2026 sind es 26,9 Prozent. In den beiden folgenden Jahren sinkt der Anteil auf rund 23 Prozent. Ab 2030 wird unbefristet ein Prozentsatz von 76 (Bund und Sozialversicherung) zu 24 (Länder und Gemeinden) angewendet. SN, APA

LKH Bad Aussee: Aus für Chirurgie und Innere

BAD AUSSEE. Wie geht es mit der Gesundheitsversorgung im Bezirk Liezen weiter? Diese Frage stand am Dienstag im Mittelpunkt einer Diskussion im steirischen Landtag. Dabei ging es insbesondere um die Spitalspläne in Bad Aussee. LAbg. Alexander Melinz (KPÖ) wollte von Landesrat Karlheinz Kornhäusl (ÖVP) wissen, wann Abteilungen geschlossen werden.

Der im Dezember 2025 beschlossene „Regionale Strukturplan Gesundheit der Steiermark" (RSG 2030) sieht die Schließung der Abteilungen Innere Medizin (20 Betten), Chirurgie (16 Betten) und Intensiv- und Notfallmedizin (drei Betten) des LKH Bad Aussee vor.

Landesrat Kornhäusl nannte als zeitlichen Rahmen für die Schließung der Chirurgie und der Inneren Medizin das erste Halbjahr 2026. „Die Aussage, dass bis 2030 alles bleibt, wie es ist, hat es von mir nicht gegeben." An den Betriebsrat sei bereits die Aufforderung ergangen, anderslautende Aussagen richtigzustellen.

Auch, dass die Abteilungen – wie jüngst kolportiert – schon mit April 2026 geschlossen werden könnten, ist denkbar. Kornhäusl: „Ich schließe es nicht aus. Der Zeitrahmen wäre erstes Halbjahr 2026. Das beinhaltet auch den 1. April." SN, APA